

11.03.2012 - 14:19 Uhr

Volksinitiative 6 Wochen Ferien für alle/ Jetzt sind die Sozialpartner gefordert

Bern (ots) -

Die Ablehnung der Volksinitiative "6 Wochen Ferien für alle" ist kein Plebiszit für noch mehr Stress am Arbeitsplatz, für noch längere Arbeitszeiten, für Arbeitsbereitschaft rund um die Uhr an 7 Tagen die Woche. Das Nein der Stimmberechtigten ist vielmehr ein Auftrag an die Sozialpartner gemeinsame Lösungen zu finden, wie der zunehmende Druck auf die Arbeitnehmenden und die Beschleunigung in den Arbeitsprozessen abgebaut werden kann. Die Gegner der Initiative - Bundesrat, bürgerliche Parteien und Arbeitgeber - haben während der Abstimmungskampagne immer wieder betont, dass sie das Grundanliegen des Volksbegehrens - mehr Erholungszeit für die Arbeitnehmenden - teilten, dass sie aber staatliche Regelungen ablehnten. Die Arbeitgeber sind nun in der Pflicht zu beweisen, dass das nicht nur leere, dem Kampagnenerfolg geschuldete Worte waren. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und seine Verbände werden sie bei den nächsten Sozialpartnerverhandlungen an ihre Aussagen erinnern und Lösungen für mehr Arbeitnehmerschutz, weniger Stress am Arbeitsplatz und mehr Freizeit fordern. Die Politik ihrerseits ist in der Pflicht, für diejenigen Arbeitnehmenden den Schutz zu verbessern, die in Branchen beschäftigt sind, in denen keine verhandlungsfähigen Sozialpartner existieren.

Kontakt:

- Daniel Lampart, Leiter SGB-Sekretariat, 079 205 69 11
- Jean Christophe Schwaab, Zentralsekretär SGB, 078 690 35 09
- Paul Rechsteiner, SGB-Präsident, 079 277 61 31
- Ewald Ackermann, SGB-Kommunikation, 079 660 36 14

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100714603> abgerufen werden.